



**SPD Landesverband Berlin
Kreis Pankow**

Wahlperiode 2020 bis 2022

1. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)

25. September 2020

Beschlussbuch

**Ersetzungsantrag (gem. Beschluss Antragskommission)
zu ANT 017/01**

Antrag Nr.

AG Migration und Vielfalt der SPD Pankow (AGMig) 22.09.2020

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
- x Die LDK der AGMuV der SPD Berlin möge beschließen:
- x Der Landesparteitag möge beschließen:
- x Der BUNDESVORSTAND möge beschließen:

**Morias Flüchtlinge evakuieren – Flüchtlingsaufnahme muss auf die
Tagesordnung des Koalitionsausschusses**

- 1 Die SPD-Spitze setzt das Thema Flüchtlingsaufnahme kurzfristig erneut auf die
2 Tagesordnung des Koalitionsausschusses und drängt darauf
- 3 1) dass die Bundesrepublik Deutschland mindestens 5000 der durch den Brand des
4 Flüchtlingscamps in Moria auch im neuen Lager zusammengepferchten oder durch
5 den Brand obdachlos gewordenen Geflüchteten aufnimmt.
- 6 2) dass alle in Moria an Corona Erkrankten nach Berlin evakuiert werden, um sie hier,
7 wo enorme Versorgungskapazitäten errichtet wurden und bisher ungenutzt
8 bereitstehen, medizinisch zu versorgen.
- 9 3) dass Wege gefunden werden, wie die Bundesländer zusätzlich Geflüchtete mit
10 Länderprogrammen ohne Blockade des Bundesinnenministers aufnehmen
11 können.
- 12 4) dass die Bundesregierung eine grundsätzliche Strategie zur Aufnahme von
13 Geflüchteten von den EU-Grenzstaaten entwickelt, um künftig human und proaktiv
14 auf Flüchtlingsbewegungen reagieren zu können.
- 15 5) dass während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mehr Staaten als bisher für
16 eine Evakuierung von Geflüchteten gewonnen werden und dafür auch
17 Unterstützung aus EU-Programmen bekommen
- 18 6) dass in der EU ein Fond errichtet wird, mit dem Kommunen für die Aufnahme,
19 Integration sowie Bildung, Ausbildung und Beschäftigung von Geflüchteten
20 finanziell unterstützt werden.

Begründung:

Die Situation der hilfeschuchenden Geflüchteten im griechischen Moria hat mit dem Brand eine neue Dimension der menschenunwürdigen Bedingungen erreicht. Während viele europäische Länder ihrer humanitären Verantwortung nicht gerecht werden und die Aufnahme ablehnen, kämpfen in Moria fast 13.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, um das nackte Überleben. Denn

sie sind der Obdachlosigkeit ausgesetzt, haben keinen Zugang zu ausreichend Lebensmitteln und vor allem nicht zu sauberem Trinkwasser.

Politische Lösungen und Einigungen innerhalb der europäischen Union dauern in diesen Zeiten viel zu lang. Doch den Menschen in Moria rennt die Zeit davon: Sie brauchen jetzt die Unterstützung der europäischen Länder und vor allem vom größten und reichsten EU-Land: Deutschland. Fast 180 Kommunen allein aus der Bundesrepublik haben ihre Bereitschaft zur sofortigen Aufnahme von Geflüchteten signalisiert. Der jetzige deutsche Vorschlag, zusätzlich 1.553 Geflüchtete aufzunehmen, liegt weit unter dem, was Deutschland leisten kann und die Kommunen aufnehmen wollen.

Aktuell sind über 150 Coronavirus-Erkrankte unter den Geflüchteten auf Moria gemeldet worden. Wer verhindern will, dass sich die Seuche in den Lagern und unter den Obdachlosen auf den Straßen dramatisch verbreitet, muss sofort handeln und diese Menschen ausnahmslos evakuieren.

Initiativantrag (ANT 019/01)

Antrag Nr.

Abteilung 03/11 Mauerpark**22.09.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Das Geburtshaus Maja am Arnimplatz retten!**

- 1 1. Die SPD Pankow fordert den Erhalt des Geburtshaus Maja am Arnimplatz im
2 Prenzlauer Berg!
3
- 4 2. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD Pankow auf Bezirks-,
5 Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, das Geburtshaus beim Kampf
6 um einen fairen Mietvertrag weiter aktiv zu unterstützen und dazu insbesondere
7 mit der Hauseigentümerin das Gespräch zu suchen.
8
- 9 3. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD Pankow auf Landes- und
10 Bundesebene werden des Weiteren aufgefordert, die Bundesratsinitiative des
11 Landes Berlin zur besseren Absicherung von Mietverträgen für soziales Gewerbe
12 voranzubringen.

Begründung:

Seit der Gründung 1992 sind mit Hilfe des Geburtshauses Maja mehr als 4.500 Kinder zur Welt gekommen. Das Geburtshaus befindet sich in der Paul-Robeson-Straße 38, 10439 Berlin-Prenzlauer Berg und nutzt dort in einem Wohnhaus Räume im Erdgeschoss als Gewerbemietlerin. Der Mietvertrag wurde von der Aramid Immobilien GmbH & Co. KG als neue Eigentümerin des Hauses über die Hausverwaltung core Immobilien Management GmbH zum 31.12.2020 ordentlich gekündigt. Verhandlungen zu einem neuen Mietvertrag ab 2021 waren bislang nicht erfolgreich, da die Eigentümerin vorrangig ihre eigenen profitorientierten Interessen bei der Verwertung ihres Eigentums durchsetzen will.

Das Vorkaufsrecht des Bezirkes wurde vom zuständigen Bezirksstadtrat Kuhn (Bündnis90/Die Grünen) nicht umgesetzt, mit der Begründung, dass seine Abteilung infolge mehrerer parallel laufender Vorgänge dafür keine Ressourcen habe, um das erforderliche Verkehrswertgutachten erstellen zu können.

Die bisher angebotenen Vertragsbedingungen der Eigentümerin sind für das Geburtshaus wirtschaftlich nicht umsetzbar. Das betrifft Haupt- und Nebenbedingungen des Angebots. Es wurde eine nahezu 100% Mietsteigerung mit einer zusätzlichen jährlichen Staffel von 3% angeboten. Die Kautions soll vier Bruttokaltmieten betragen, statt der üblichen drei Nettokaltmieten, eventuelle Modernisierungsmaßnahmen sollen mit 8% als Mieterhöhung ohne

ein Sonderkündigungsrecht zu Buche schlagen und es wird die sofortige Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung bei Zahlungsverzug gefordert.

Gesprächsangebote von verschiedenen Akteuren aus Politik und Verwaltung zur Unterstützung des Geburtshauses wurden seitens der Eigentümerin nur teilweise angenommen und waren bislang nicht erfolgreich. Am 03.09. und am 17.09.2020 fanden zur Unterstützung des Geburtshauses im Kiez Solidaritätskundgebungen für den Erhalt und gegen Verdrängung und Ausverkauf solcher wichtigen sozialen Angebote in Berlin statt.

In Berlin besteht bereits eine Unterversorgung bei der Hebammenbetreuung. Durch den Verlust des Geburtshauses Maja würde ein weiteres Berliner Geburtshaus verschwinden und damit die Möglichkeit für viele Menschen, sich aktiv für eine bedürfnisorientierte Geburt zu entscheiden. Es geht um einen Platz zum selbstbestimmten Gebären, um die besonderen Bedürfnisse schwangerer Menschen, um eine Zukunft für Hebammen und werdende Hebammen und um eine wichtige Einrichtung zur Gesundheitsförderung im Kiez.

Soziale Unternehmen, wie das Geburtshaus, arbeiten nicht gewinnorientiert, sondern sind auf wirtschaftliche Absicherung des Betriebs und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge der Krankenversicherungen und der werdenden Eltern. Deswegen muss ein Mietverhältnis wirtschaftlich umsetzbar und mit Perspektive und Sicherheit für mindestens die nächsten fünf Jahre sein.

Gleichzeitig soll die Initiative auf Bundesebene zur Lösung des grundsätzlichen Problems bei Gewerbemietverträgen für Unternehmen aus der Sozialwirtschaft von der SPD weiter vorangetrieben werden.

Die Information über das Scheitern der Vertragsverhandlungen erreichte die Abteilung Mauerpark am 15.09.2020, also nach Ablauf der Antragsfrist für die KDV.

Seelhorst
Aut 020/01

Sozialdemokratische Partei Deutschland, Kreis Pankow – Kreisdelegiertenversammlung 25.
September 2020

Initiativresolution: Walter Birkhahn, Dennis Buchner, Birte Darkow, Willi Francke, Till
Grassmann, Roman Kühn, Knut Lambertin, Daniela Milutin, Alfonso Pantisano, Alina Rebholz,
Tillman Wormuth, ...

Thema: Aufruf zu den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen 2020

Die Mitglieder der Kreisdelegiertenversammlung mögen beschließen:

Wir rufen alle Auszubildenden unter 25 Jahren und jungen Arbeitnehmer*innen unter 18
auf, die in Pankow leben oder arbeiten, sich an den Wahlen zu den Jugend- und
Auszubildendenvertretungen (JAVen) zu beteiligen und die Listen der DGB-Gewerkschaften
zu wählen.

Eine Beteiligung an den JAV-Wahlen ist Wahrnehmung des demokratischen Wahlrechts für
junge Menschen und ein Votum gegen mitbestimmungsfreie Zonen! Hier können Azubis und
junge Arbeitnehmer*innen ihr Arbeitsumfeld unmittelbar mitbestimmen.

Die Wahlen finden im Oktober und November statt.

Begründung:

Die Sozialdemokratische Partei war immer eine große Wegbereiterin und Unterstützerin der
betrieblichen Mitbestimmung.

erfolgt weiter mündlich